

Nachabonnements für die Monate November und December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 5 Mark angenommen. Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direct bei der Expedition erfolgen zum Preise von 6 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankirtem Kreuzband geschieht. Angeht es bei in diese Monate fallenden Verhandlungen des preussischen und sächsischen Landtages wird zu zahlreicher Beteiligung an diesem Nachabonnemente aufgefordert.

Telegraphische Depeschen.

* Baden-Baden, 25. Oct. Ihre Maj. die Kaiserin Augusta ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr nach Koblenz abgereist; der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden gaben derselben bis ins Boot das Geleit.

* München, 25. Oct. Reichsrath: Bei der Generaldiscussion über das Eisenbahngesetz trat Prinz Ludwig dem Antrage des Ausschusses entgegen, indem er das Eisenbahngesetz für unvollendet erklärte, und betonte, daß bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen nur die absolut notwendigen Linien gebaut werden müßten. Der Minister Pfretschner dankte dem Prinzen für seine Erklärung, hielt aber daran fest, daß auch für die Linien Cham-Gotteszell und Neumarkt a. N. Landeshut Credite eröffnet würden. Bei der Specialdiscussion wurde zunächst der Art. 1 der Vorlage einstimmig abgelehnt. Genehmigt wurde der Bau der Linien Wiesau-Redwitz, Dinkelsbühl-Feuchtswangen und die Fortsetzung der Hochstadt-Stockheimer Bahn über Ludwigshafen an die Landesgrenze. Abgelehnt wurden die Linien Neumarkt-Landshut, Neustadt-Bischofsheim, Cham-Gotteszell und Umlanden-Hammelburg. Die Linie Pädling-Passau wurde genehmigt und sodann der ganze Artikel angenommen. Die Linie Lauterbach-Kaiserslautern wurde abgelehnt, dagegen wurden die Verbindungsbahn Wittsch-Saargemünd, ferner die Linie Zweibrücken-Saargemünd-Saaralben genehmigt. Schließlich wurde der ganze so modificirte Gesetzentwurf angenommen. In der nächsten Sitzung, welche am Dienstag stattfindet, soll die Vorlage betreffend den Zuschlag zur Walzsteuer zur Berathung gelangen.

* Wien, 25. Oct. Der vom Abgeordnetenhaus zur Vorberathung der Bosnien betreffenden Regierungsvorlage niedergesetzte Ausschuss hat den Beschluß gefaßt, vor Eintritt in die meritorische Debatte der Vorlage erst die Regierung aufzufordern, über die Motion der Vorlage sowie über die gegenwärtige Verwaltung Bosniens und der Herzegowina Aufschluß zu geben und über die bisherige Finanzgebarung die Civilverwaltung und das Landesbudget die bezüglichen Ausweise vorzulegen. Im Wehrausschusse beantwortete der Minister Forst die an ihn gerichteten Fragen über die Präsenzstärke des Heeres, über die Zweckmäßigkeit einer Herabsetzung der Präsenzdienstzeit sowie über das Stärkeverhältnis anderer Armeen gegenüber Oesterreich. Seine nächste Sitzung wird der Wehrausschuss erst abhalten, nachdem das Exposé des Finanzministers ihm vorgelegen hat, in welchem der Ausschuss Aufklärungen

über die in der Thronrede erwähnten Ersparungen beim Armeebudget erwarbt.

* Wien, 26. Oct. Die Verfassungspartei des Herrenhauses hält heute Sitzung, worin die Zurückweisung der Abgesandten an die Commission behufs Erzielung eines Compromisses zwischen der Majorität und der Minorität beantragt werden soll. Falls der Antrag angenommen, wird für morgen die Abredebatte des Herrenhauses anberaumt.

* Wien, 26. Oct. Die Montags-Revue sagt bei Besprechung der bevorstehenden Abredebatte, daß die Regierung dem Parteistreit gleichmüthig entgegenstehe, desto nachdrücklicher aber die Action auf die in der Thronrede angeklagten politischen und wirtschaftlichen Vorlagen concentrirte. Diejenige Partei, welche dazu beitrüge, das Gleichgewicht im Budget herzustellen, welche die Steuerreform votire, die Verhältnisse der occupirten Provinzen regule, die materiellen Hilfsquellen der Monarchie zu vergrößern helfe, werde die Partei der Regierung sein; wenn sich dafür keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus fände, so würde ein Fehler in Graf Taaffe's Rechnung unterlaufen, über dessen Verbesserung ein constitutioneller Minister keinen Augenblick zweifelhaft sein könne. — Die Eröffnung der Ponte baba Bahn erfolgt ohne die Anwesenheit Nordling's, weshalb auch der italienische Eisenbahn-Generaldirector Bassoli wegbleibt. Nur der Präfect von Udine und der Statthaltererrath aus Klagenfurt werden zugegen sein.

Wien, 26. Oct. Das österreichische Handelsministerium bereitet zwei Vorlagen vor betreffs Verlängerung des Meißelbegünstigungsvertrags mit Deutschland auf sechs Monate und des Vertrags mit Frankreich auf ein Jahr. Die österreichischen Zolldelegirten reisen Ende dieser Woche nach Berlin ab. (D. M.-Bl.)

Wien, 26. Oct. Der durch seine bekannte Aufsätze erregende Broschüre „Italoas res“ viel genannte Oberst Haymerle, der Bruder des neuen Ministers des Aeußern in Oesterreich-Ungarn, ist zum Generalmajor ernannt worden. (D. M.-Bl.)

Kom, 26. Oct. Der hiesige österreichische Botschafterposten bleibt vorläufig unbesetzt. — Die oppositionelle Opinion ermahnt neuerdings die Regierung zu einem aufrichtigen Anschluß an Oesterreich und Deutschland. (D. M.-Bl.)

Paris, 25. Oct. In hiesigen politischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß nicht nur der Kaiser Alexander demnächst in Berlin den Besuch Kaiser Wilhelm's in Alexandrowo erwidern werde, sondern

daß auch der Kaiser Franz Joseph zu gleicher Zeit dort eintreffen werde, und daß Verhandlungen gepflogen würden, um auch die Anwesenheit des Königs Humbert bei jener neuen Drei-Kaiser-Zusammenkunft herbeizuführen. — Der Polizeipräsident Andrieux, der sehr energisch auftritt, hat das öffentliche Ausschreiben neuer radicaler Blätter verboten, ebenso auch die Patronatsfeste in den Vorstädten. Die Radicals greifen ihn darüber auf das äußerste an. — An Stelle des zum Gouverneur ernannten Deputirten von Vauluse, Gent, wird Humbert candidiren. Seine Aussichten sind in diesem sehr radicalen Departement keineswegs schlecht. (Post.)

* London, 25. Oct. Dem Standard wird aus Randahar vom 23. Oct. gemeldet: „Der Gouverneur von Rhetat-Ghilzai, welcher sich seit dem Einzuge des Generals Hughes in diese Stadt den Engländern immer freundlich gesinnt gezeigt hatte, hat die Stadt plötzlich mit seinem gesammten Generalstabe verlassen. Ueber die von demselben eingeschlagene Richtung verlautet noch nichts.“

* London, 25. Oct. Ein Telegramm aus der Capstadt vom 15. Oct. meldet, daß zur Stillung leichter unter den Voers ausgebrochener Unruhen Oberst Lanyon mit einem Detachement Dragoner nach Middleburg abgegangen ist.

* Bukarest, 25. Oct. In der heutigen gemeinsamen Sitzung der Kammern verlas der Minister des Innern, Cogalniceanu, eine Volkshaft des Fürsten, durch welche die Revisionskammern in gewöhnliche legislative Kammern umgewandelt werden. Sodann wurde in dem Senat von dem Kriegsminister ein von einer Namensliste begleiteter Antrag eingebracht, nach welchem in Gemäßheit des Gesetzes über die Revision des Art. 7 der Verfassung das Indigenat en bloc allen Israeliten zuerkannt werden soll, welche an dem Unabhängigkeitskriege theilgenommen haben, wodurch das neue Gesetz die erste Ausführung erlangt. Nachdem hierauf die Dringlichkeit für diesen Antrag beschlossen worden war, zogen sich die Sectionen des Senats zur Berathung zurück. Heute Abend soll die Sitzung wieder aufgenommen werden. — Seit der Votirung des Revisionsgesetzes durch die Kammer gehen zahlreiche individuelle Gesuche um Naturalisirung ein. Die hervorragendsten in Rumänien wohnenden Israeliten sollen die ersten gewesen sein, welche sich den Verpflichtungen des neuen Gesetzes unterworfen haben.

* Bukarest, 25. Oct. Senat: Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen worden war, gelangte der Bericht

Der Blücher'sche Brief.

Mit Bezug auf den von uns in Nr. 249 aus der Magdeburgischen Zeitung abgedruckten Brief Blücher's erhalten wir von einem freundlichen Leser unsers Blattes folgende dankenswerthe Aufklärung:

Das Original dieses Briefes ist keineswegs bisher verloren gewesen, sondern befindet sich wohl aufbewahrt in der Autographensammlung der Familie E. Bädeler in Koblenz. Der Brief ist übrigens schon wiederholt abgedruckt worden, zuletzt, wenn ich nicht irre, vor sechs bis acht Jahren in der Zeitschrift „Im neuen Reich“. Der Hr. Winter, an den er gerichtet ist, wohnte in Münster; ich vermuthete, daß der Brief aus dem Besitze des Archivraths Erhardt stammt. Uebrigens enthielt der Brief noch eine sehr charakteristische Nachschrift, die auf der dem Correspondenten der Magdeburgischen Zeitung zur Verfügung stehenden Abschrift gefehlt zu haben scheint. Diese Nachschrift lautet:

„Der Krieg ist nun zu ende, ich muß noch hier bleiben um den abmarsch der armee zu reguliren. Der Friede ist nicht so wie er hätte sein sollen und werden können, ich bin nicht Schuld. Die Herren Diplomatenquer haben verubelt und die großen konten nicht eingt werden.“

Eine neue Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei.

Am 24. Oct. war in Berlin wieder die christlich-socialen Arbeiterpartei versammelt. Zunächst legte Hr. Vallin folgende Erklärung zur Annahme vor:

Die Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei bezeugt dem Hrn. Vosprediger Stöder ihre Verehrung, denselben aber, welche denselben durch tägliche Beschimpfung und Verleumdung insultiren, ihre Verachtung,

und gibt Frau Lina Morgenstern, welche sich erlaubt hat, sich um Hrn. Stöder zu kümmern und denselben lägenbatterweise der Judenhege zu bezichtigen, den Rath, fortan lieber sich um ihre eigene Wirtschaft zu kümmern. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, diese Erklärung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Fast einstimmig und unter dem lauten Beifall der Versammlung wurde diese Erklärung angenommen.

Alsdann trat man in die Tagesordnung ein. Der Referent Dr. Tinney plaidirt in einem längern Vortrage für Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Privatbahnen vertheilen gegenwärtig 180 Mill. Dividende, die Hälfte davon, 90 Mill., entspreche einer Verzinsung des auf die Bahnen wirklich verwendeten Kapitals von 4 Proc.; 90 Mill. oder per Kopf 3 M. nehmen also die Privatbahnen auf Kosten der Allgemeinheit zu viel ein. Würde man die Privatbahnen verstaatlichen, könnte man Tarife und Fahrpreise auf die Hälfte reduciren oder die Mehreinnahme auf sonstige Weise der Allgemeinheit nützlich machen. Redner wies sodann, auf die rechtliche Seite der Frage übergehend, nach, daß der Staat laut Gesetz befugt sei, den Uebergang der Privatbahnen in Staatsbesitz zu verlangen, und schilderte die handelspolitischen (Einheitlichkeit der Tarife), militärischen und volkswirtschaftlichen Vortheile. In Betreff der letztern war Redner der Ansicht, daß der Staat auch minder günstige Strecken berücksichtigen werde, denen sich das Privatkapital nicht zuwenden könne.

In der Discussion selbst erörterte man zunächst die Frage des finanziellen Uebergangs der Privatbahnen an den Staat. Hr. Werben will diesen dadurch ermöglichen, daß man einmal das Papiergeld

vermehrte und alsdann inhibire, daß „unser koster deutsches Geld“ durch den Handel mit ausländischen Eisenbahnpapieren ins Ausland geht. Hr. Vallin hält eine derartige Beschränkung des Verkehrs an der Börse, wie sie der letzte Vorschlag bedinge, doch für unmöglich. Elias Cohn erklärt unter großer Heiterkeit wiederholt, daß er verschiedene Ausführungen des Referenten nicht verstehe, und wirft namentlich dem Prediger Diebstahlkamp, der der Ansicht ist, durch Verstaatlichung der Bahnen würde dem Kapitalverluste, wie er durch den unnützen Bau von Concurrenzlinien herbeigeführt werde, und dann auch dem unregelmäßigen stoßweisen Vergehen der Arbeiten Einhalt gethan, Geschäftsunkennntniß vor. Bäder Knödel bespricht die Börsenseite, das Hazard- und Differenzspiel, die „Prostitution“ der Börsenthätigkeit. Prediger Diebstahlkamp: Nicht sachliche, sondern politische Gründe veranlassen die Gegner des Projectes, dagegen aufzutreten. Jene Herren sagen sich, weil wir nicht die Herren im Staate sind, wollen wir keine Staatsbahnen. (Sehr richtig!) Hr. Lüders meint, das jetzige Plus der Einnahmen werde unter Staatsverwaltung schon zu einem Minus werden (Zuruf: Dho, die Post!); Redner bricht seine Ausführungen ab. Bäder Knödel: In den vierziger Jahren galt der Grundsatz, der Staat dürfe keine Gewerbe treiben. Unser Magistrat hat zu allererst dagegen gefändigt, zuerst nahm er das Gas für sich, dann die Wasserleitung, nun endlich auch die Kanalisation. Ein alter Spruch sagt: „Der Anfang war mit Sang und Klang, das Ende brachte vielen Stank.“ Hoffen wir, daß das hier in Berlin nicht so sein wird. (Bravo!)

Nachdem noch das Submissionswesen berührt und

Aber den Antrag auf Gewährung der Naturalisation an alle Israeliten, welche bei der Fahne gebient haben, zur Verlesung. Sodann wurde der Antrag ohne Debatte mit 33 gegen 3 Stimmen angenommen. Zwei Senatoren hatten sich der Abstimmung enthalten. Die dem Antrage beigefügte Liste umfasst alle Israeliten, welche in dem der ursprünglichen Vorlage der Regierung beigefügt gewesen Verzeichnisse aufgeführt waren, mit Ausnahme von zwei. Das gegenwärtige Gesetz befreit die neuen Bürger von der Zahlung der 200 Frs. betragenden Taxe für das Naturalisationsdiplom. — Die Deputirtenkammer war heute nicht beschlussfähig.

* **Bukarest, 25. Oct.** Die amtliche Zeitung veröffentlicht das Gesetz betreffend die Revision des Art. 7 der Verfassung. Die Journale constatiren, daß die Bevölkerung überall sehr befriedigt ist über die Art, in der die Lösung der Judenfrage erfolgt ist.

* **Konstantinopel, 24. Oct.** In der heutigen siebenten Conferenz über die griechisch-türkische Grenzregulirungsfrage verlasen die türkischen Commissare ein Memorandum, welches gegen die von dem Berliner Congress angebotene Grenzregulirungslinie mehrere gewichtige Einwendungen erhebt und damit schließt, daß diese Linie wesentliche Aenderungen erfahren müsse. Sodann wurde auch von den griechischen Commissaren ein Memorandum verlesen, in welchem eine von der in dem Berliner Congressprotokoll angebotenen Grenzlinie wesentlich verschiedene Grenzregulirung vorgeschlagen wird. In eine Discussion wurde abermals nicht eingegangen. Der Tag für die nächste Conferenz ist noch nicht bestimmt.

* **Wien, 25. Oct.** Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Das in der gestrigen Conferenz über die griechisch-türkische Grenzregulirungsfrage verlesene türkische Memorandum führt aus, daß der nach dem 13. Protokoll des Berliner Congresses bei der Türkei verbleibende Theil von Thessalien und Epirus ohne Küsten und ohne Verkehr sein würde, was zur Abtretung von Thessalien und zu Aufständen in Epirus führen müßte. Eine dauerhafte Sicherheit zwischen der Türkei und Griechenland sei nur durch eine wesentliche Aenderung der auf dem Berliner Congress vorgeschlagenen Grenzlinie möglich. Das sodann verlesene griechische Memorandum schlägt eine beinahe ganz Thessalien und den größten Theil von Epirus umfassende Grenzlinie vor.“ — Aus Cetinje von heute: „Die Albanesen griffen von Kula-Dishanija aus montenegrinische Wachenposten an. Der Kampf dauerte bis Mitternacht. Später fielen etwa 100 Türken in Pragovitz ein. Zwei montenegrinische Bataillone erhielten den Befehl, Beliza zu nehmen, und wird dort ein Kampf erwartet.“ — Aus Belgrad: „Die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Versionen über Verhandlungen wegen eines serbisch-bulgarischen Schutz- und Trugsbündnisses werden von der serbischen Regierung auf das entschiedenste dementirt.“

* **Wien, 26. Oct.** Dem Tagblatt meldet man aus Konstantinopel: „Gegen das neue Ministerium sind Maueranschläge affigirt worden, mehrere Verhaftungen haben stattgefunden, die Palastwache wurde verdoppelt. Midhat-Pascha wird wahrscheinlich abermals in die Verbannung geschickt.“

Schipzig, 27. October.

Das deutsche Volk ward in der vorigen Woche durch einen hochstinnigen Entschluß seines allverehrten Kaisers freudig überrascht. Trotz der langjährigen, engen, durch nahe verwandtschaftliche Bande noch verstärkten Beziehungen zu der russischen Herrscherfamilie gab Kaiser Wilhelm dennoch seine Zustimmung zu der Einigung Deutschlands mit Oesterreich, welche zwar gegen keine dritte Macht, auch Rußland nicht, eine Offensive enthält, aber allerdings den festen Willen der beiden Mächte bekundet, jede Antastung der Interessen der einen oder andern, von welcher Seite sie auch komme, mit den verbundenen Kräften beider nachdrücklich zurückzuweisen.

Der Versuch, diese gegenseitige Interessengemeinschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auch auf dritte Staaten ohne ersichtliche Gegenleistung dieser letztern auszudehnen, wol gar das deutsch-österreichische Bündniß zu einer Art von Polizeibündel für ganz Europa zu machen, welcher jeden niederschlagen soll, der irgendwo Händel ansinge — dieser Versuch wird nicht gelingen. Für fremde Interessen sich zu schlagen, dazu sind „des pommerischen Landwehrmannes Knochen“ zu gut, und das deutsche Volk hat glücklicherweise in diesen letzten zehn Jahren so viel gefunden Egoismus eingeschogen, daß es schwerlich Lust bezeigen dürfte, für schöne Nebensarten, die ihm bloß schmeicheln, aber nichts eintragen, sein Gut und Blut hinzugeben.

Die Gerüchte einerseits von einer Zusammenkunft des Kaisers Alexander mit dem Kaiser Franz Joseph und dem König Humbert in Berlin, andererseits von einer Ersetzung des heisspörnigen Fürsten Gortschakow durch den gemäßigten Walujew lassen wir zur Zeit, als noch unbestätigt, auf sich beruhen, obschon wir deren schwerwiegende Bedeutung natürlich nicht verkennen.

Ein dem Reichsrath zu Wien und dem Reichstag zu Budapest gleichzeitig vorgelegter Gesetzentwurf über die Herstellung eines gemeinsamen Zollverbandes mit Bosnien und der Herzegowina spricht die Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in das allgemeine österreichisch-ungarische Zollgebiet aus und bildet so den ersten Schritt auf der Bahn der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Balkanländern, folglich auch den ersten Schritt einer Ausdehnung der jetzt vielbesprochenen Zoll- oder Handelsvereinigung zwischen Deutschland und Oesterreich — wenn sie zu Stande kommt, wie wir hoffen — nach jener Seite hin.

Die Verhandlungen über diese Einigung beginnen in den nächsten Tagen in Berlin.

Die Parteiverhältnisse im neuen preussischen Abgeordnetenhaus werden sich natürlich erst klären, wenn der Landtag eröffnet sein wird, was morgen geschieht. Die Idee der Bildung einer großen Mittelpartei aus National-Liberalen und Freiconservativen hat inzwischen, wenn nicht alles täuscht, mehr und mehr Boden gewonnen. Gewiß ist schon so viel, daß die Freiconservativen entschiedene Abneigung bezeigen nicht bloß gegen ein Zusammengehen mit dem Centrum, sondern auch gegen eine engere, ihre freie Bewegung hemmende Verbindung mit den Altconservativen. Auch hat bereits in dem Punkte eine Annäherung zwischen den Freiconservativen und den National-Liberalen statt-

gefunden, daß auch jene das Vorgehen des neuen Kultusministers nicht in alle Wege gutheißen. Hoffen wir, daß von beiden Seiten und auch von seiten der Regierung dieser Weg der Zusammenfassung aller gemäßigten Elemente in eine große Partei, der allein eine gedeihliche Wirksamkeit des Landtages verbürgt, aufrichtig und entschieden betreten werde!

Die bairische II. Kammer lehnte einen Antrag auf Einführung einer Wein- und Branntweinconsumsteuer mit großer Mehrheit ab. Im übrigen beschäftigten sich die bairischen Kammern vorzugsweise mit den Vorschlägen der Regierung wegen Erweiterung des bairischen Eisenbahnetzes.

In Baden haben nun ebenfalls die Wahlen stattgefunden. Auch dort haben die National Liberalen einige Siege eingebüßt, die theils den Conservativen, theils den Ultramontanen zugefallen sind.

In Oesterreich haben die beiden Adreßauschüsse des Reichsrathes ihre Entwürfe vorgelegt. Der Entwurf der Majorität (der sogenannten Autonomisten) ist sehr vorsichtig gehalten; derjenige der verfassungstreuen Minorität enthält eine kräftige und ausführlich motivirte Wahrung des verfassungsmäßigen Zustandes, dessen Abänderung zu Gunsten größerer Selbständigkeit der einzelnen Nationalitäten bekanntlich die Autonomisten anstreben. Man darf auf die Verhandlungen darüber im Plenum gespannt sein.

Großes Aufsehen erregte begreiflicherweise eine von dem englischen Minister des Auswärtigen Lord Salisbury in Manchester gehaltene öffentliche Rede theils wegen des entschiedenen feindseligen Tones gegen Rußland, der darin herrscht, theils weil darin zum ersten male von einem der Regierung angehörenden englischen Staatsmann die Unfähigkeit der Türkei, sich selbst zu regeneriren und dadurch sich wieder lebensfähig zu machen, offen anerkannt ward.

Zum Theil mit unter dem Eindruck dieser Rede hat der neueste Ministerwechsel in der Türkei, der den als Russenfreund bekannten Mahmud-Rebin-Pascha wieder ins Cabinet brachte, weniger Eindruck gemacht, als sonst wol der Fall gewesen wäre. Man beginnt eben mehr und mehr die Türkei nur noch als ein Object, nicht als einen mitthandelnden Factor der europäischen Politik anzusehen.

In Frankreich hat das Ministerium, welches lange Zeit den Agitationen gegen die bestehende gemäßigtere republikanische Regierung sowol von monarchisch-ultramontaner als von radicater Seite vielleicht zu passiv zusah, neuerlich darüber einzuschreiten beschlossen und in diesem Sinne theils an die Präfecten Weisungen erlassen, theils selbst die Stellung des Communards Humbert vor Gericht wegen strafbarer Aeußerungen veranlaßt. Der Kampf hat begonnen; wem der Sieg zutheil werden wird, läßt sich schwer voraussagen.

Die rumänische Judenfrage, welche so lange hingezögert ward und schon fast unlösbar schien, ist nun endlich zu einer Vereinbarung zwischen der Regierung und den beiden Kammern der Volksvertretung gelangt. Die politische Gleichstellung aller Glaubensbekenntnisse wird in die rumänische Verfassung aufgenommen; für die Aufnahme als vollberechtigter rumänischer Staatsbürger (Naturalisation) werden gewisse auch für die Juden erfüllbare allgemeine Bedingungen aufgestellt. Es bleibt abzuwarten, ob die Mächte des Berliner Congresses sich dadurch befriedigt erklären.

Hr. Diestelkamp seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß der Staat davon wol bald abgehen werde, ergreift Hr. Stöcker, von Beifall begrüßt, das Schlusswort, indem er nachweist, daß die zur Tagesordnung stehende Frage, wie so viele andere, die jetzt in den Vordergrund treten, bereits im Programm der Partei stehe.

Auf Grund einer Anfrage bezeichnet Hr. Stöcker sodann das Gerücht, der neue Cultusminister werde wieder abtreten, als eine Zeitungsentde, die nach dem Grundsatze entstanden sei, was man wünsche, das glaube man, und wünscht dem Hrn. v. Puttkamer, der so gründlich die Regelung der Kirchen- und Schulverhältnisse in Angriff genommen, ein lauges und gesegnetes Regiment. (Bravo!)

Hr. Stöcker kommt nunmehr zum Schluß auf seine eigene Angelegenheit zu sprechen. Es habe in den Zeitungen gefunden, der Staatsanwalt habe seine Anklage zurückgewiesen, er wisse davon nichts. Es könne sich diese Mittheilung ja bestätigen, eigenthümlich aber sei es immerhin, daß die Zeitungen eher wie er von der Sache erfahren haben. Es würde ihm leid thun, wenn man in der That von zuständiger Stelle die Zurückweisung der Klage eher den Zeitungen wie ihm selbst mitgetheilt habe. „Sollte die Zurückweisung eintreten“, so fuhr er fort, „so bleibt mir immer noch der Weg der Privatklage, und ich werde diesen beschreiten. (Bravo!) Ich bitte, klatzen Sie doch bei solch trauriger Sache nicht! Was gegen mich gesagt worden, Sie wissen es, meine Herren, es ist mir an sich ganz gleichgültig; ich sehe die Sache, die ich verrete, als eine gerechte an; wenn man mich verleumbet, ich bitte Sie, haben Sie dann niemals Mitleid mit

mir, sondern nur mit jenen, die sich so verfländigen.“ (Bravo!) Die Versammlung wird hierauf gegen 11 Uhr geschlossen.

In Amerika machen in der letzten Zeit die merkwürdigen Entdeckungen vieler und beachtliches Aufsehen, welche in den letzten Jahren im Südwesten der Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Namentlich in Neu Mexico und Arizona sowie in den angrenzenden Gebieten von Utah und Colorado hat man nicht nur vereinzelte Reste von Bausteinen, sondern ganze Ruinenstädte gefunden, die von einer unbekannteren Urvölkerung herzuführen müssen. Steinernen Gebäude von oft riesiger Ausdehnung sind an den unzugänglichsten Felswänden, in Höhlen und Klüften aufgeführt. Reste von Geräthschaften hat man in ihnen gefunden, aber merkwürdigerweise bis jetzt noch keine Ueberreste der Bewohner, welchen man den Namen der Felsklippenbewohner (Cliff-Dwellers) gegeben hat. Vielleicht waren dieselben Feueranbeter, die ihre Todten verbrannten — sodas sich daraus das Fehlen aller Knochenreste erklärt. Einzelne ihrer Behausungen haben eine Länge von über 500 Fuß und sind im Innern in zahlreiche Gemächer getheilt. Am bedeutendsten ist wol das „Casa del Eco“ genannte Gebäude. Dasselbe steht im Innern einer mehr als 200 Fuß hohen Höhle und soll einen ungewöhnlich imposanten Eindruck machen. In andern Stellen wieder befinden sich, wie Schwalbennester an die Felswände geklebt, ganze Reihen kleinerer Häuser. Interessant ist die That- sache, daß schon zur Zeit der spanischen Eroberung über das Vorhandensein dieser räthselhaften Ruinen unbestimmte Nachrichten verbreitet waren, aber für Fabelereien gehalten und vergessen worden waren, bis sie durch die Entdeckungen der amerikanischen Landesvermessungscommission wieder zu Ehren gebracht wurden.

Der North China Herald veröffentlicht die Uebersetzung einer vom Generalgouverneur von Kansu, Tso-Tsung-Sang, verfaßten Denkschrift bezüglich des vor einigen Mo-

naten in jener Provinz stattgefundenen unheilsvollen Erdbebens. Die Erdbeben wurden in der Zeit vom 29. Juni bis zum 11. Juli in größerer oder geringerer Heftigkeit verspürt, und von nicht weniger als 30 Städten und Districten sind Berichte über Lebensverluste und Zerstörung von Eigenthum eingegangen. Die Denkschrift sagt unter andern: „Am 1. Juli, ungefähr um 4 Uhr morgens, wurde in Chieh, Chow, Yun, Hsien und Hsiao ein heftiger Erdstoß verspürt, begleitet von donnerähnlichem Getöse, wobei sich der Erdboden öffnete, aus dem das Wasser hervorbrach. Die Stadtwälle, öffentlichen Gebäude, Tempel und Privathäuser wurden entweder dem Erdboden gleichgemacht oder gespalten und auseinandergerissen. Die Anzahl der umgekommenen Personen varirte von 10 in einigen Plätzen, bis 200 und 300 in andern. Außerdem wurde eine große Masse Vieh getödtet.“

Die westlichen an das Felsengebirge grenzenden Gegenden von Nordamerika bergen bekanntlich eine Menge seltene Schätze der Natur. Zu denselben gehört auch, daß man neuerlich in dem sogenannten Yellowstone-Park einen ganzen, mehrere hundert Fuß hohen Berg von vulkanischem Glas (Obsidian oder Glasachal) von verschiedenen Farben entdeckt hat. Die Speculation geht bereits damit um, diese merkwürdige Entdeckung industriell zu verwerten und auszubenten. Die Indianer haben aus diesem natürlichen Glas seit undenklichen Zeiten Spitzen für ihre Speere und Pfeile verfertigt.

Das Schriftchen „Post und Telegraphie im Weltverkehr. Eine Skizze von Dr. P. D. Fischer, Geh. Oberpostrath“ (Berlin, Dümmler's Verlagsbuchhandlung), hervorgegangen aus einem vom Verfasser in der Berliner Gesellschaft für Erdkunde gehaltenen Vortrage, enthält eine Menge ganz interessanter Angaben und Betrachtungen über den auf dem Titel bezeichneten Gegenstand, wobei, wie billig, auf das in so vorzüglichem Maße ausgebildete Post- und Telegraphenwesen des Deutschen Reiches besonders Rücksicht genommen ist.

Die C...
Den...
Sigung...
des Kir...
Geistlich...
Gesetz...
und besch...
den Ewan...
aller Ener...
ten, daß...
Staatsbed...
werden...
Alaba...
schen Ob...
evangelisch...
Der Geh...
(Königsber...
director...
I. Die...
sich Ober...
bis herige...
sich Sta...
1) daß der...
auch den...
wahrt wer...
auf das un...
die Kreis...
Confession...
den ewang...
einzelnen...
höre vom...
selben abge...
Kreis- und...
sind, das...
Behörden...
6) daß bei...
evangelisch...
evangelisch...
in den zun...
deutschen...
wiedlung...
der Reform...
erhalten;...
teismus...
bereich in...
II. Die...
der vorsteh...
gangen...
Referen...
rath Schr...
Die S...
und Fülle...
in ihrem...
Behandlung...
evangelisch...
tungen als...
mehr gesch...
die Zahl d...
allein wenn...
eine einhei...
sich die...
das Sieben...
schulen hat...
berückde...
den Bewi...
von W...
wird, ban...
gedacht wer...
tanschen...
Wenn die...
Bereichs ge...
brenntung...
gezogen we...
legt. (W...
Bereinigun...
von zwei...
schicht voll...
stuf, weil...
stuf, den...
Eigentheil...
Verhältnun...
dieses als...
dieselben...
Simultan...
gend gan...
Aber im...
des Simul...
wägungen...
Erziehung...
richte voll...
Lehrer beh...
auszubere...
sionnen un...
des Antrag...
Unterricht...
klare Vorst...
hat; dabei...
Frage gef...
Hollands...
leit der...
wo sich...
lischen ver...
näher auf...
gegen die...
ten, was...
nur in...
eingeführt...
die Tribün...
Zweit...
Die...
Schule in...
zu mir ton...
Familie, ...
der Famili...

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung in der Sitzung am 25. Oct. bildete die zweite Beratung des Kirchengesetzentwurfs betreffend das Ruhegehalt der Geistlichen. Die Synode genehmigte das gesammte Gesetz, wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, und beschloß auf Antrag des Hrn. v. Liliencron: den Evangelischen Oberkirchenrath zu ersuchen, mit aller Energie bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß die Kirchensteuern für den Emeritenfonds von Staatsbeamten und nicht von Kirchenorganen eingezogen werden.

Nachdem gelangte eine Denkschrift des Evangelischen Oberkirchenraths betreffend das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Volksschule zur Verhandlung. Der Geh. Regierungsrath und Professor Dr. Schrader (Rönigsberg i. Pr.), Pfarrer Seeliger und Seminar-director Heider hatten folgende Anträge dazu gestellt:

1. Die hochwürdigste Generalsynode wolle dem Evangelischen Oberkirchenrath unter dankbarer Anerkennung seiner bisherigen Bemühungen ersuchen, auch ferner bei der künftigen Staatsregierung nachdrücklich darauf hinzuwirken: 1) daß der evangelischen Volksschule und, soweit möglich, auch den höhern Schulen der confessionelle Charakter gewahrt werde; 2) daß deshalb die Zahl der Simultanschulen auf das unabwiesliche Bedürfnis beschränkt werde; 3) daß die Kreis- und Bezirkschulinspektion möglichst nach der Confession der unterstellten Schulen geschieden werde; 4) daß den evangelischen Geistlichen die Schulinspektion in jedem einzelnen Falle nur mit Genehmigung ihrer geistlichen Vorgesetzten übertragen und nur nach Anhörung derselben abgenommen werden dürfe; 5) daß da, wo besondere Kreis- und Localschulinspektionen im Hauptamte angestellt sind, das Recht der Kirche zur Geltung komme, durch ihre Behörden und Organe den Religionsunterricht zu leiten; 6) daß bei Feststellung der Befähigung zur Ertheilung des evangelischen Religionsunterrichts in den Volksschulen die evangelische Kirche durch einen Vertreter mitwirke; 7) daß in dem zum Gebrauche in evangelischen Schulen bestimmten deutschen Lehrbüchern die Haupterscheinungen aus der Entwicklung der evangelischen Kirche, insbesondere auch aus der Reformationsgeschichte die gebührende Berücksichtigung erhalten; 8) daß der Gebrauch des kleinen Luther'schen Katechismus in den Volksschulen innerhalb seines Geltungsbereichs in keinerlei Weise eingeschränkt werde.

II. Die hochwürdigste Generalsynode wolle durch Annahme der vorstehenden Anträge die in dieser Angelegenheit eingegangenen Petitionen für erledigt erachten.

Referent Geh. Regierungs- und Provinzialschulrath Schrader-Rönigsberg:

Die Schulverwaltung der letzten Jahre hat die Tiefe und Fülle der Beziehungen der Kirche zur Volksschule nicht in ihrem ganzen Umfange erkannt, durch ihre formalistische Behandlungswiese geschädigt (Weisfall); sie hat in einem der evangelischen Kirche fern liegenden Streife die Schulleistungen als Kampfmittel benützt und damit den Freund mehr geschädigt als den Feind. (Weisfall.) Neugierlich ist die Zahl der Simultanschulen wol nicht erheblich gestiegen, allein wenn man von den Landesstellen abzieht, die nur eine einheitlich-confeSSIONELLE Bevölkerung haben, so haben sich die Simultanschulen in den letzten sieben Jahren um das Siebenfache vermehrt, und das System der Simultanschulen hat auf viele städtische Corporationen eine wahrhaft berückelnde Anziehungskraft ausgeübt. Wenn infolge dessen das Gewissen und das berechtigste Verlangen von Tausenden von Aeltern einem unklaren Idol zu Liebe abgewiesen wird, dann muß an Abwehr einer solchen ersten Gefahr gedacht werden. (Sehr wahr.) Jede Zunahme der Simultanschulen schließt directe Rechtsverletzungen ein. (Weisfall.) Wenn die in der Diaspora von Seiten des Kaiser-Abol-Bereichs gegründeten Volksschulen, die noch die einzige Glaubensrettung bilden, in die Simultansbildungen mit hineingezogen werden, so ist damit der Wille des Stifters verlegt. (Bravo!) Die Armut der Gemeinden zwingt oft zur Vereinigung zweier confessionellen Schulen, aber eine Schule von zwei bis vier Stufen genügt für diese Bevölkerungsstärke vollkommen; sonst schwächt man den erziehenden Einfluß, weil zu viel Lehrer da sind. Der angiehende Einfluß, den man von der Simultanschule erwartete, ist in sein Gegenteil umgeschlagen (Bravo!), und dann ist die innere Verfürgung des confessionellen Gegenstandes doch etwas anderes als eine äußerliche Bewußtsein- und Abstumpfung desselben. In den sprachlich gemischten Landestheilen ist die Simultanschule notwendig, weil sonst die evangelische Jugend ganz der katholischen Propaganda preisgegeben wäre. Aber im allgemeinen muß der Staat das Geltungsgebiet des Simultansystems beschränken und nicht abstracten Erwägungen zu Liebe erweitern (Weisfall). Wenn auch die Erziehung des Kindes sich nicht allein im Religionsunterrichte vollzieht, so wird doch in der Simultanschule der Lehrer behindert, den ethischen Bildungsgehalt vollkommen auszubenten, weil er stets Rücksichten auf die andern Confessionen nehmen muß. (Bravo!) Deswegen ist auch in Nr. 1 des Antrags der höhern Schule gedacht. Erziehung und Unterricht kann nur der für trennbar halten, der eine unklare Vorstellung von der Natur des menschlichen Geistes hat; dabei wäre die Zukunft unserer Kirche überhaupt in Frage gestellt. Ich weise nur auf das abschreckende Beispiel Hollands hin, wo man sogar die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele als Contrebande in der Schule behandelt, wo sich jetzt die katholische Religion auf Kosten der evangelischen verbreitet. (Sehr richtig!) Redner geht nun des näheren auf die Nr. 3 und 7 ein, indem er besonders sich gegen die Lehrbücher ausspricht, die nichts von dem enthalten, was ein evangelisches Gemüth erzeuge, und die nicht nur in Simultan-, sondern auch in evangelischen Schulen eingeführt sind. Redner verläßt unter lebhaftestem Weisfall die Tribüne und wird von allen Seiten beglückwünscht.

Zweiter Referent Pfarrer Seeliger:

Die Kirche habe ein stiftungsmäßiges Recht auf die Schule in den Worten des Heilandes: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ Die Schule sei kein vierter Factor neben Familie, Staat und Kirche, sondern nur ein Hilfsinstitut der Familie, die unter dem Schutze der Kirche steht. Die

Kirche habe ein historisches Recht auf die Volksschule, und erst seit 1872 betrachtet man sie als eine reine Staatsanstalt. Redner schildert die Verlegenheit, in welcher sich ein evangelischer Lehrer befinde, wenn er von der Reformation nicht frei reden könne, und citirt die Rede des Geh. Regierungsraths Schneider aus der Stuttgarter Kirchenversammlung. Nicht bloß über die paritätische Schule, sondern über die paritätische Tendenz, welche auch die übrigen Schulen schädige, müsse man sich besagen; übrigens habe man von vielen Seiten zu bemerken geglaubt, daß die Schule weniger leide als früher. In Bezug auf die Schulinspektion bedauert Redner, daß die Geistlichen nur widerruflich in derselben angestellt seien und ohne Angabe der Gründe abgesetzt werden könnten. Das sei eine mindestens rücksichtslose Behandlung. Er verlange nicht Aufhebung des Schulaufsichtsgesetzes, sondern nur eine Aenderung der Verwaltungsgrundzüge. Was die biblischen Lesebücher angeht, so weist Redner auf die vielfachen Abschwächungen hin, die in denselben zu Gunsten des Simultansystems vorgenommen seien; man habe sich sogar Abweichungen vom recipirten Luther'schen Bibeltexte erlaubt, z. B. in dem von Vertram bearbeiteten Füllebringer'schen biblischen Geschichtsbuche. Wenn man die allgemeinen Bestimmungen von 1872 dem Oberkirchenrath wenigstens vertraulich mitgetheilt hätte, wäre manches vielleicht besser geworden.

Referent Seminardirector Heider beschäftigt sich vorzüglich mit den Nr. 6 und 8 des Antrages:

In Nr. 6 sei nicht etwa auf die Einführung einer missio canonica abgezielt; man wolle auch nicht in die Technik und Oekonomie der Schule eingreifen, denn die Verwaltung sei keine Schulsache. Aber wenn man den Heidelberger Katechismus gelten lasse, dann könne auch der Luther'sche gelten; wenn die Katholiken von 7 Sacramenten lehren dürften, dann dürften Evangelische auch von 5 lehren, denn es wäre doch wunderbar, wenn man bei den behaupteten Wirkungen des Civilstandsgesetzes von der Taufe und dem Abendmahl nicht einmal mehr unterrichten sollte. Friedrich Wilhelm I. hat als die vier Stützen des Thrones bezeichnet: Das Oer, die Finanzen, das Beamtenhum und die Volksschule. Lassen Sie die Volksschule bestehen, aber in ihrem ursprünglichen Charakter.

Cultusminister v. Puttkamer:

Während ich unter dem Eindrucke der von ebenso mächtiger Ueberzeugung getrieben wie bewährter Sachkunde Zeugnis gebenden Rede des ersten Referenten stand, war mir beinahe die Versuchung gekommen, der Synode gewissermaßen auch mein Herz auszusprechen. Durch den Vortrag des zweiten Referenten bin ich auf die Nothwendigkeit hingewiesen, auf eine nähere Behandlung dieser Frage mich zurückzuziehen. Ich kann es hier nicht als meine Aufgabe betrachten, mit meiner politischen Verantwortlichkeit für irgendeinen Act der mir anvertrauten Verwaltung einzutreten und irgendwelche Engagements einzugehen. Was ich in dem mir anvertrauten Amte zu thun habe, dafür habe ich nächst meinem Könige und Herrn auch der politischen Vertretung Rechenschaft zu geben, und ich glaube, es wird mir reichlich Gelegenheit dazu gegeben werden. Ich betrachte meine Ausführungen als einen von gegenseitigem Wohlwollen und Vertrauen getragenen Meinungsaustausch. (Bravo!) Wenn aber die vorliegende Denkschrift sich Männer, die fast die gesammte Versammlung repräsentiren, in den vorliegenden Anträgen geeinigt haben, so kann ich dies nicht ignoriren. Man würde es kaum verstehen, wenn ich mich einfach in ein bureaukratisches Schweigen hüllte. (Sehr richtig!) Die Ueberzeugung, daß die Volkserziehung ohne religiöse Grundlages nicht bestehen könne, daß die Volksschule nicht bloß Bildungs-, sondern in erster Linie Erziehungsanstalt sein müsse, hat sich gerade in der letzten Zeit in immer weiteren Kreisen Geltung verschafft. Noch sind die lebhaftesten und geführlsten Debatten in aller Gedächtniß, und selbst politische Richtungen, die in der Gesammtanschauung der Mehrheit der Versammlung fern stehen, haben in ihren öffentlichen Kundgebungen geistlich betont, daß sie die religiösen Grundlagen der Volksschule nicht mehr anzutasten gesonnen seien. Freilich über das Maß dessen, was zu fordern oder zu gestatten ist, gehen die Meinungen sehr auseinander. Wer der Ansicht ist, daß dieser religiösen Grundlages Genüge geschieht, bereitet dadurch, daß man den Religionsunterricht zu einem einzelnen Unterrichtsgegenstande herabsetzt, der begünstigt sich, wie mir scheint, mit etwas Wenigem. (Weiterkeit.) Wer dagegen der Meinung ist, daß die Religion, wie in höhern Schulen die klassischen Sprachen, so in der Volksschule der Unterrichtsstoff sein solle, sei (Weisfall), daß die religiöse Unterweisung das Centrum und der Mittelpunkt des ganzen Unterrichts sei (Weisfall), der kann sich bei dem zuerst gefennzeichneten Standpunkte nicht begnügen. Da haben Sie in uno und in aller Kürze den Gegensatz zwischen der paritätischen und der confessionellen Volksschule. Ich muß zunächst auf eine Bemerkung des zweiten Referenten zurückkommen; er sagte, die Schule ist bis 1872 nicht ausschließlich Staatsanstalt gewesen, sie ist erst 1872 geworden. Das ist ein historischer und geschichtlicher Irrthum; die preussische Volksschule ist seit hundert Jahren Staatsanstalt, und der Staat kann die Herrschaft und das Eigentum der Schule mit niemand theilen. Er wird sich der schwefeligen Einwirkung der Kirche und er glaubt sie nicht entbehren zu können — mit Freuden bedienen, aber die Entscheidung über diesem Gebiete regelt sich ausschließlich nach staatlichen Gesichtspunkten. Wenn dann der zweite Referent den mir sehr auffallenden Satz ausspricht, daß in den letzten sieben Jahren das Volksschulwesen in seinen Leistungen zurückgegangen sei, so ist das ein ebenso großer Irrthum. (Hört! links.) Ich habe zu constatiren, daß ich die „allgemeinen Bestimmungen“ vom October 1872 in einer ganzen Reihe von amtlichen Stellungnahmen auszuführen berufen gewesen bin, und ich würde mein Gewissen schwer belastet haben, wenn ich diese Ausführung übernommen und mir dabei hätte sagen müssen, diese Bestimmungen sind geeignet, den religiösen Charakter der Volksschule zu zerstören. Ich kann diese Meinung nicht theilen und ich werde bei dem festen Vorlage, der Kirche zu geben bei der Leitung der Volksschule, was ihr gebührt, keine Veranlassung haben, an den religiösen Grundlagen zu rütteln, welche die allgemeinen Bestimmungen von 1872 aufstellen. Unter allen das Volkstheben bewegenden Fragen steht die Frage der Volksschule keiner andern an Wichtigkeit nach. (Sehr richtig!) Die politischen Parteien, die Verwaltungsorganisation, die wirtschaftlichen Fragen, stehen der Frage der Volksschule nach. Soll die Volksschule los-

rennert in das uralte Meer einer bloß humanitären allgemeinen Bildung, oder soll sie fest gegründet bleiben auf den unverrückbaren Grundlagen, die aus dem Ewigen stammen und ins Ewige zurückführen, und damit gleichzeitig die Bürgerpflichten geben für alles stitliche Leben und alle stitliche Freiheit? Ich entscheide mich für das letztere, und nehmen Sie die Versicherung von mir entgegen, daß ich in meiner Amtsführung alles thun werde, um unsern theuern evangelischen Volke, und lassen Sie mich binzufügen, unserm ganzen Volke diese stitlichen Güter zu bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Wiese spricht sich in längerer Rede über die Verhältnisse der Kirche zur höhern Schule aus:

Das Gymnasium verdanke seine Existenz der Reformation, nicht dem Humanismus allein. Das Verhältnis habe sich aber infolge des Fortschritts der Wissenschaften gelockert, zum Theil mit durch die Schuld der Kirche. Redner spricht sich daher besonders für den Zusatz in Nr. 1 aus wegen der höhern Schule, trotzdem die Denkschrift nur von der Volksschule spreche. Allerdings habe sich der Verfall in den höhern Schulen gemehrt, aber doch gemindert, weil er sich nicht mehr wie früher einem Höhern unterordne.

Hosprediger Kögel weist besonders auf die Erfahrungen in Holland hin, wo man einen Judenknaben, der seinem Mitschüler den Namen „Jesus Christus“ aus dem Neuen Testament radirt habe, deswegen nicht für straffällig angesehen habe, weil er ja das Staatsgesetz ausführen geholfen. (Hört!)

Wo die Religion ein Fach, statt des Fundamentes des Unterrichts ist, hört die pädagogische Kraft der Volksschule auf. Von dem Reibelbild der interconfessionellen Schule kommt man zu dem Uebinge der inconfessionellen Schule. Ein Staat, der eine vollkommene Simultanschule fordert, muß auch dazu übergehen, eine Staatsreligion zu erfinden; das ist der Deismus, und der ist der ärgste Feind des christlichen Glaubens. In Art. 24 der Verfassung steht, daß der confessionelle Charakter der Volksschule möglichst berücksichtigt bleibe, nicht daß man ihn unberücksichtigt lasse. Dieser Artikel schützt uns, deshalb wollen wir ihn beschützen, (Lebhafter Beifall.)

Gymnasialdirector a. D. Herbst spricht sich dagegen aus, daß man die höhern Schulen in dem Antrage erwähne; für die Volksschule müsse man einen streng confessionellen Unterricht ertheilen, weil sonst Indifferentismus entstehe; eine Gefahr, die für die höhern Schulen nicht zu befürchten sei.

Damit schließt die Debatte; der Antrag der Referenten wird dem Zusatz in Nr. 2, daß Simultanlehrer-Bildungsanstalten unter allen Umständen zu vermeiden seien, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung über den Antrag der pommerischen Provinzialsynode wegen Abänderung des §. 14 — Recht des Geistlichen, jemand von der Theilnahme an einer Amtshandlung fern zu halten — die am Donnerstag verlag war. Heute ergreifen Hosprediger Baur, Consistorialrath Schott, Generalsuperintendent Schulze und Consistorialpräsident Wunderlich das Wort; ein Beschluß wird jedoch nicht gefaßt, sondern die weitere Beratung bis nach Abschluß der Disciplinar- und Trauordnung verlag.

Ein fernerer Antrag der pommerischen Provinzialsynode wegen Abänderung der Nr. 31 der Instruction des Oberkirchenrathes zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung — betreffend das active und passive Wahlrecht — wird durch die Annahme des Stöder'schen Antrages auf Erlass einer neuen Instruction für erledigt erklärt.

Vom Oberkirchenrath ist der Generalsynode eine Denkschrift über das Stolzgebührenwesen zugegangen; diese sowol wie ein aus den Reihen der Mitglieder hervorgegangenes Kirchengesetz betreffend die Fixirung der Geistlichen und Kirchendiener in ihren Stellen, werden einer neuzubildenden Commission überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr.

Deutsches Reich.

Untern 25. Oct. schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Wir sind in der Lage, unsere Darstellung über den Verlauf der jüngsten Reichskanzlerkrisis und des am 15. Oct. perfect gewordenen Schutzbündnisses mit Oesterreich vollständig aufrecht erhalten zu können. Wenn mehrere Blätter glauben, unsere Darstellung bemängeln und berichtigen zu können, so beweisen sie nur, daß sie weniger gut unterrichtet sind. Alle Punkte, worin ihre Darstellung von der unserigen abweicht, sind irrig. Das bezieht sich namentlich auch auf einen Leitartikel der Weser-Zeitung: „Zur Kanzlerkrisis.“ Uns wird darüber von unterrichteter Seite geschrieben: „Die vermeintliche Berichtigung des Verlaufes und der Daten durch einen berliner Correspondenten der Weser-Zeitung ist falsch und erfunden, dagegen sind die Angaben der Kölnischen Zeitung vollständig aufrecht zu halten. Auch was über das Scheitern der Stolberg'schen Mission und von der Absicht bei Berufung des Ausschusses gesagt wird, ist alles wahrheitswidrig. Der Ausschuss wurde erst berufen und konnte erst berufen werden, als die Sache bereits erledigt und fait accompli war. Auch die Darstellung, daß die spätern Ministergerüchte ein Nachhall jener Krisis gewesen, ist innerlich ebenso wie den Daten nach völlig unhaltbar. Die neuern Gerüchte stammen nachweislich aus denselben journalistischen Kreisen her, die bis zu dem bekannten Tele-

gramm der Kölnischen Zeitung von jener großen Krise, in der das Ministerium ganz einmüthig war, keine Ahnung hatten."

Aus Süddeutschland vom 24. Oct. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Nach dem, was jetzt allgemein über die Verhandlungen in Wien und die sich darauf beziehenden Vorgänge in Baden-Baden bekannt geworden ist, darf wol angedeutet werden, daß der Kronprinz des Deutschen Reiches bei seinem kurzen Besuche in München über die Wichtigkeit der Fragen, die ihn in Baden-Baden anfangs zurückhielten, nicht geschwiegen hat. Er war nämlich schon einige Tage früher erwartet und es soll sogar einmal zweifelhaft gewesen sein, ob aus dem ganzen italienischen Reiseproject für ihn etwas werde. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß man in dem Kreise, der ihn gesellschaftlich umgab, das Ernste seines Auftretens, wenn es auch der persönlichen Liebenswürdigkeit keinen Abbruch that, besonders bemerkte. Jedenfalls weiß jetzt die ganze Welt, daß in der neuesten Stellungnahme des Deutschen Reiches neben Oesterreich-Ungarn und zum Zweck friedlicher Ausgestaltung der im Berliner Frieden erwachsenen Aufgaben der Reichskanzler und der künftige Deutsche Kaiser eines Sinnes sind; und gerade dieses Uebereinstimmen mag nicht wenig dazu beigetragen haben, anderswo vorhandene Zweifel und Sorgen zu beruhigen. In dieser Richtung kann auch der Zusammentritt des Achten Ausschusses des hohen Bundesrathes insofern von nicht geringem Werthe gewesen sein, als die nichtpreussischen deutschen Souveräne, die in einer früheren Zeit zum Theil in dem Jarenthum ihren besten Schirm und Hort zu haben glaubten — man denke nur an die Tage des Kaisers Nikolaus, dessen Bildniß sogar in manchen abgehaunten standesherrlichen Familien an erster Stelle hing — ihr volles Einverständnis mit der deutsch-österreichisch-ungarischen Allianz zu erkennen gaben, die sich wie ein breiter unübersteiglicher Friedenswall durch Central-europa legt.“

Dr. v. Puttkamer hat auf seiner Reise durch die Rheinprovinz in Essen zwei Tischreden gehalten, die nichts Bemerkenswerthes enthalten, außer der folgenden Stelle, welche die Wichtigkeit der Angaben über die Zustimmung des Kaisers zu den wiener Abmachungen bestätigt. Er sagte:

Ich will Sie dann noch an Eins erinnern. Sie haben vielleicht die Kölnische Zeitung von gestern gelesen; da werden Sie gefunden haben, wie Sr. Maj. im Stande ist, dem Wohle seines Volkes seine intimsten persönlichen Gefühle zu opfern, und das hat der Kaiser gethan im Bewußtsein der Pflicht, für den Frieden Europas ein Bündniß zu schließen, welches hoffentlich lange Jahre überdauern wird. Also in diesem Augenblicke schwillt unsere Brust von dem hohen und hehren Stolze auf einen soch opfermüthigen treuen Kaiser und König. Ich bitte Sie, ergreifen Sie ihre Gläser und rufen Sie: Sr. Maj. unser Kaiser und König lebe hoch!

Preußen. Der Kaiser wird, wie nunmehr bestimmt, den Landtag der Monarchie am Dienstag, 28. Oct., mittags 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Person eröffnen. Der Eröffnung geht ein Gottesdienst voraus, welcher für die evangelischen Mitglieder im Dom und für die katholischen Mitglieder des Landtages in der Sanct-Hedwigs-Kirche abgehalten werden wird.

Dem Magistrat von Berlin ist auf sein an den Kronprinzen zum Geburtstag gerichtetes Glückwunschschreiben folgende Antwort zugegangen:

Fern von dem Heimat habe ich mit besonderm Danke die Zuschrift empfangen, in welcher der Magistrat der Hauptstadt mir seine Glückwünsche zum 18. Oct. ausgesprochen hat. Wenn das nun beschlossene Lebensjahr mir die schwere Prüfung auferlegte, einen geliebten Sohn dahinzugeben und mit ihm viele schöne und berechtigte Hoffnungen zu begraben, so ist mir in seinem wechselvollen Laufe auch manche dankbar empfundene Freude beschieden worden. Die volle Genesung Sr. Maj. des Kaisers und Königs, die Geburt eines Enkelkinds und endlich das Seltene, von der liebenden Theilnahme eines ganzen Volkes getragene Fest der Soldaten Hochzeit unsers Kaiserpaars — das sind Ereignisse, die neben der Wehmuth, mit welcher dies trauerreiche Jahr mein Herz erfüllt, auch lieben und freundlichen Erinnerungen ihre Stätte bereitet haben. Die Bürgerschaft Berlins aber möge versichert sein, daß ich in allen Tagen des Lebens, in guten wie in bösen Tagen nicht aufhöre, ihr und ihrem Wohlergehen meine Anhänglichkeit und Fürsorge zu bewahren.

Pegli, 20. Oct. 1879

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Die Ministerkrisisgerüchte sind, wenn nicht verstummt, so doch wieder einigermaßen in den Hintergrund getreten. „Das Staatsministerium wird“, sagt die National Liberale Correspondenz, „wenn auch einzelne seiner Mitglieder etwas ins Wanken gekommen zu sein scheinen, doch ohne Zweifel in seinem gegenwärtigen Bestande vor dem Landtage auftreten. Ob bis zu Ende, mag dahingestellt bleiben.“ Ueber die parlamentarische Lage bemerkt dasselbe Organ, und man kann ihm darin nicht unrecht geben:

Arbeit kann in die parlamentarische Situation erst kommen wenn Klarheit über die Absichten der Regierung herrscht. Die Initiative gebührt der letztern. Sie muß sich entscheiden, ob sie eine Politik verfolgen will, die des Beifalles der Altconservativen und des Centrums sicher ist, oder eine solche, über welche sie sich mit den gemäßigten Elementen von rechts und links zu verständigen Aussicht hat.

Die Erwiderung, welche der Cultusminister v. Puttkamer bei seinem Besuche in der Pfarrkirche zu Neuß am 22. Oct. auf die Ansprache des die katholische Geistlichkeit vertretenden Mitgliedes der letztern gegeben hat, ist, wie der Staats-Anzeiger schreibt, in einer durchaus ungenauen und zu Missdeutungen Anlaß gebenden Fassung in die öffentlichen Blätter übergegangen. Der Minister hat vielmehr wörtlich Folgendes gesagt:

Ich nehme gern die mir im Namen Ihrer Gemeinde gegebene Versicherung entgegen, daß dieselbe in ihrer Gesamtheit treu an König und Vaterland und den vaterländischen Institutionen hängt. Was die mir zu erkennen gegebenen Wünsche betrifft, so liegen mir dieselben auch sehr auf dem Herzen, und ich bitte Gott, daß die Zeit bald kommen möge, wo ihre Erfüllung nach dem Maße und auf dem Boden der Landesgesetze wird geschehen können.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Die liberalen Blätter pflanzten bisher ihren Wunsch, daß der Cultusminister v. Puttkamer baldmöglichst wieder aus seinem Amte scheiden möge, durch die vermeintliche Thatfache zu stützen, daß der Fürst Bismarck dem Minister v. Puttkamer seine Misbilligung über dessen Aussprachen und Maßnahmen kundgegeben hätte. Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß diese Angabe der Wahrheit nicht entspricht, jene Stütze für die Wünsche des Liberalismus also ebenso hinfällig ist wie die ganzen in den letzten Tagen in Umlauf gesetzten falschen Gerüchte über Veränderungen im Staatsministerium.“

Man schreibt der Magdeburgischen Zeitung: „Trotz des außerordentlichen Nachhalles, den die sensationelle Nachricht von dem Rücktritt des Cultusministers v. Puttkamer gefunden hat, muß auf das bestimmteste versichert werden, daß der Meldung jede positive Grundlage fehlt. Ebenso wenig wie andere Minister einen Wechsel des Portefeuille beabsichtigen, hat Dr. v. Puttkamer an seinen Rücktritt gedacht. Desgleichen ist an maßgebender Stelle nicht im entferntesten der Gedanke aufgetaucht, dem Cultusminister seinen Rücktritt nahe zu legen. Der Wechsel im Cultusministerium hat sich nicht plötzlich vollzogen, sondern mindestens zwei Jahre hindurch langsam vorbereitet. Wer die Einflüsse kennt, welche bei der eingetretenen Veränderung im Cultusdepartement schließlich den Ausschlag gegeben haben, für den bedarf es keiner Erklärung, daß ein neuer Wechsel sich nur unter den außerordentlichsten Umständen in nächster Zeit vollziehen könnte.“

Der Justizminister Dr. Leonhardt hat, wie die Neue Preussische Zeitung vernimmt, aus Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand seine Verabschiedung nachgesucht.

Das Deutsche Montags-Blatt theilt mit: „Die Plätze im Sitzungssaale des Abgeordneten-hauses sind nun sämmtlich vertheilt. Von den früheren Ministern haben Friedenthal und Hovrecht als Nachbarn auf der rechten Seite des Hauses Platz genommen, Falk sitzt auf der linken Seite mitten unter den National-Liberalen; er hat einen Eckplatz dicht hinter seinem Onkel dem Abg. Dr. Wachler-Breslau inne. Der Hosprediger Stöder sitzt auf der äußersten Rechten neben dem Abg. Schmidt-Edernförde. Das Centrum nimmt jetzt die äußerste Linke mit ein und hat seine Plätze hart an den Bänken der Fortschrittspartei, sodas z. B. Majunke dem Abg. Albert Träger die Hand reichen kann.“

In einem „Conservative Taktik“ überschriebenen Leitartikel sagt die Neue Preussische Zeitung:

Unsere Stellung zur Regierung ist zu bemessen nach unsern conservativen Grundfäden. Wir haben jetzt alle Veranlassung, die Regierung auf ihren conservativen Bahnen zu unterstützen. Sollte aber die Regierung etwa wieder dem Liberalismus folgen, so müßte die conservative Partei, wenn sie überhaupt auf den Namen einer selbständigen Partei und auf politische Bedeutung Anspruch machen will, ihr sachgemäße Opposition machen. Die conservativen Abgeordneten sind dazu berufen, die Vorlagen der Regierung gewissenhaft zu prüfen und wo sie ihren Grundfäden entsprechen, ihnen freudig zuzustimmen, — aber wenn dies nicht der Fall ist, dürfen sie auch nicht schwanken, ein entschiedenes „Nein“ zu sagen. Wir werden der Regierung mit Vertrauen entgegenkommen, und wir sollten uns auch hüten, mit zu großem Subjectivismus an Kleinigkeiten eigenmächtig festzuhalten. Es ist wie im Leben überhaupt, so insbesondere im Staatsleben, eine schwierige, aber hoch ansehnliche Kunst, „das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden“. Diese Kunst wollen wir zu lernen suchen und dann um so entschiedener auftreten, wenn es sich um wichtige conservative Principien handelt.

Betreffs der für Breslau aufgestellten Candidatur Lasker's bemerkt die freiconservative Schlesische Zeitung:

Lasker wäre uns der absolut willkommenste Candidat und wir selbst würden, wie die Sachen liegen, für seine Wahl mit allem Eifer eintreten, wenn er eine Bedingung erfüllte: wenn er sich in aller Form zu derjenigen Partei bekennen wollte, der er innerlich angehört, zur Fortschrittspartei.

Die Kölnische Zeitung spricht ziemlich unverhüllt den Wunsch aus, Dr. Lasker möchte jetzt nicht ins Abgeordnetenhaus wieder eintreten, weil seine Person ein Hinderniß für die Bildung einer gemäßigten Mittelpartei sein möchte.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt, daß das Gerücht: die Regierung sei geneigt, bei der Ver-

staatlichung der Rheinischen Bahn den Actionären weitere Zugeständnisse zu machen (7/8 Proc.) lediglich ein Ausdruck „von Wünschen und Hoffnungen der Speculation“ sei.

Der „Actionär“, dessen Verbindungen bekannt sind, bringt eine Notiz, wonach auf mehrfache Anfragen wegen Ankaufs von Privatbahnen der Minister der öffentlichen Arbeit erklärt hätte: „die Staatsregierung sei zunächst nicht geneigt, zum Ankauf weiterer Privatbahnen zu schreiten. Das Ministerium scheine den Wunsch zu hegen, vorläufig erst einen Blick über die Veränderungen zu gewinnen, welche die bisher geschlossenen Verträge in den Finanzwesen herbeiführen müssen.“

Elfaß-Lothringen. Seitens des Statthalters von Elsaß-Lothringen, des Hrhn. v. Manteuffel, liegt eine neue Rundgebung vor, die nicht verfehlen wird, das Mißbehagen der ultramontanen Presse zu erringen. Der Vorstand des unterelsässischen Lehrervereins hatte nämlich eine Audienz beim Statthalter, in welcher der Sprecher der Deputation sich unter andern dahin äußerte: „Die Grundgedanken, denen wir huldigen, sind: Gehorsam dem Gesetze, Ehrfurcht und Hochachtung dem Ortsvorstande und der Geistlichkeit. Den Fortschritt in der Volksschule zu fördern ist unser eifrigstes Bestreben, dem Kaiser treue loyale Unterthanen, dem Staate intelligente und religiöse Bürger zu erziehen, unsere heiligste Pflicht. Diese werden wir, wie bisher, auch fernerhin erfüllen.“ Der Statthalter erwiderte darauf Folgendes:

Ich stimme ganz mit Ihren angeführten Grundfäden überein. Besonders freut es mich, von Ihnen zu hören, daß Sie bei der Volkserziehung die Religion als einen unentbehrlichen Factor ansehen. In Ihren Schulen bilden Sie die zukünftigen Glieder des Staates. Die Geschichte des Alterthums lehrt, wie in Rom, Athen, Sparta, sobald der Glaube an die Gottheit verloren gegangen war, die Staaten zerfallen und die Völker untergegangen sind. Unser großer Dichter Schiller sagt: „Alles wankt, wo der Glaube fehlt.“ Aber die Extreme berühren sich, und hierbei wird gewöhnlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Nach der Religionslosigkeit folgte gewöhnlich die Ueberreligiosität, und in deren Gefolge bildete sich eine Partei, die sich anmaßte, die Welt zu beherrschen, und welche; um ihre Zukunft zu sichern, sich Eingriffe in die Schie, die dem Staate gehört, erlaubte.

Oesterreich-Ungarn.

Der wiener O-Correspondent des Berliner Tageblattes erzählt „von ausgezeichnete Seite in bestimmter Weise“: „daß Fürst Bismarck, als er in Wien war, vom Kaiser Wilhelm bereits die formelle Ermächtigung zu festen Vereinbarungen mit Oesterreich befaß und von derselben dem Kaiser Franz Joseph in der Audienz am 23. Sept. d. J. Kenntniß gab. Diese verbürgte Thatfache ist, wie man hervorhebt, so selbstverständlich, daß sie niemand anzweifeln kann. Allerdings schließt sie einen andern, eigentlich auch selbstverständlichen Umstand keineswegs aus, nämlich, daß Fürst Bismarck nach seiner wiener Reise seinem Monarchen Bericht zu erstatten und dessen Genehmigung der getroffenen Vereinbarungen in ihrem ganzen Umfange einzuholen hatte. Dabei erst können dann jene Frictionen zur Geltung gekommen sein, von welchen jüngst die Rede war und die jetzt als beseitigt zu betrachten sind, denn es verlautet, man sei in Wien in der Zwischenzeit in den Besitz eines diplomatischen Actenstückes gelangt, welches einer formellen Bekräftigung der getroffenen Vereinbarungen gleichzuerachten sei. Diese Angaben haben den Zweck, Mißverständnisse zu vermeiden und Thatfachen festzustellen, und verdienen um so größere Beachtung, als sie, wie ausdrücklich hervorgehoben werden soll, von bewährter und berufener Seite stammen.“

Die prager Bohemia meldet: „Die österreichisch-deutschen Vereinbarungen sind in den Aids-Memoires verzeichnet.“

Die Neue Freie Presse schreibt: „Nach den bei der Pforte eingegangenen Meldungen soll den österreichischen Truppen die Niederwerfung des Aufstandes in Revesinje noch nicht gelungen sein. Die Oesterreicher hätten einen Verlust von 400 Mann an Todten und Verwundeten erlitten und die Insurgenten sich in den Bergen verschanzet. Was den Verlust von 400 Mann anbelangt, so glauben wir, daß diese Mittheilung auf einer jener Uebertreibungen beruht, welche in der Türkei besonders bei Zahlenangaben gäng und gebe sind. Dagegen scheint die Revolte bei Revesinje, welche, wie wir bereits meldeten, den Charakter eines passiven Agrarwiderstandes angenommen hat, in der That fortzubestehen. Auch ist es richtig, daß es unsern fliegenden Colonnen nicht gelang, der flüchtig gewordenen meuterischen Gensdarmen, bekanntlich ehemaligen Insurgenten, habhaft zu werden, da dieselben sich in die montenegrinischen Grenzgebirge zurückgezogen haben. Daß der Bezirk von Revesinje gegenwärtig von einer ganzen Gebirgsbrigade occupirt ist, haben wir bereits in unserm heutigen Morgenblatte mitgetheilt.“

Italien.

Die Italia veröffentlicht eine Darstellung der Unterhandlungen, welche zwischen dem Fürsten

Bismarck stattgefunden...
aufnahme...
wo zwische...
bini die er...
sich hiera...
eröffnete d...
in Gastein...
war jedoch...
in Gastein...
menes Ein...
über welch...
haben, sin...
In Wien...
absoluten...
legentlichen...
diesem Bes...
Gewissen de...
durch Instr...
nicht für b...
aus dem ei...
die confesse...
taglich, daß...
stellen. Di...
den Ernenn...
Piarren Wi...
soll nach de...
diese den...
Kaiser und...
die beiden...
annehmen...
Frieden zu...
begörden zu...
für die Zuk...
Ueber l...
erzielt wert...
1) Ueber...
absolut will...
die Bischöfe...
2) Ueber d...
18 der preu...
Kirche und...
religiösen...
der Duldung...
— Das...
einen Brief...
den hier bef...
einer russ...
Der italien...
seinen Auf...
Humbert da...
vernehmen...
lebhaftes po...
pariser Per...
Verhandlung...
diplomatisch...
indem näm...
nach Wien...
Kom verfest...
— Der...
secretär Me...
italien abge...
schen Reich...
des Ansch...
deutschen...
— Gener...
geschrieb...
missionsgesu...
müsse ihm...
rung aus d...
sie der bel...
veröffentlich...
losen Zeitun...
Aus B...
Zeitung ber...
Wien erfuch...
Alfonso dur...
fälle in M...
feier auf d...
Ersparnisse...
strophe zuge...
* Paris...
die Anneß...
verändert h...
von Rochefo...
tyrer der C...
Orn. Blanqu...
meiüberatbe...
stellten anbe...
Menschlicheit...
Revanche...
nicht erstau...
und der Auf...
aufrichtig an...
diese Freen...
tefiren. D...
darauf rechn...
des Widersta...

Bismarck und dem Runtius Jacobini in Gastein stattgefunden haben. Aus den Mittheilungen des genannten Blattes ergibt sich, daß die Idee der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Wien aufgetaucht ist, wo zwischen dem Fürsten Reuß und Monsignore Jacobini die ersten Fourparlers stattfanden. Jacobini erbat sich hierauf vom Cardinal Nina Instruktionen und eröffnete dann die Verhandlungen mit Bismarck selbst in Gastein. Das Endergebnis dieser Besprechungen war jedoch nicht so, wie man es erwartet hatte. Weder in Gastein, noch später in Wien, konnte ein vollkommenes Einvernehmen erzielt werden. Die Punkte, über welche die beiden contrahirenden Theile sich geeinigt haben, sind folgende:

In Betreff der Majestäts keine Erwähnung von einer absoluten Abschaffung, sondern nur die mehr von einer gegenständlichen Revision derselben zu thun; jedoch dabei diesen Gesetzen die weiteste Auslegung zu geben, ohne das Gewissen der Katholiken und des Klerus zu beleidigen, was durch Instruktionen an die Behörden geschehen kann; Anträge für die Bischöfe und Geistlichen, gegen welche nur aus dem einzigen Grunde vorgegangen worden ist, weil sie die confessionellen Gesetze übertreten haben. Es ist unerlässlich, daß sie das formelle Ansuchen darum an den Kaiser stellen. Die Bischöfe sind gehalten, den Civilbehörden von den Ernennungen zu den geringeren Beneficien und zu Pfrunden Mittheilung zu machen. Die Wahl der Bischöfe soll nach der alten Gewohnheit stattfinden, und es müssen diese den Eid der Treue und des Gehorsams gegen den Kaiser und die Staatsgesetze ablegen. Endlich würden sich die beiden Parteien die Maßregeln mittheilen, welche sie annehmen wollen und die am meisten geeignet sind, den Frieden zu erhalten, d. h., die Instruktionen, welche einerseits den Civilbehörden, andererseits jene, welche den Kirchenbehörden zugefendet werden, um auf diese Weise Conscience für die Zukunft unmöglich zu machen.

Ueber folgende Punkte konnte kein Einvernehmen erzielt werden:

- 1) Ueber die Theilung der Schulen, wie sie der Vatican absolut will. 2) Ueber die höchste Gerichtsbarkeit, welche die Bischöfe über den Klerus und die Kirche haben sollen. 3) Ueber die neuerliche Intraffsetzung der Art. 15, 16 und 18 der preussischen Verfassung, um die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu regeln. 4) Ueber die Zulassung der religiösen Körperschaften, selbst unter dem einfachen Titel der Duldung.

Das Neue Wiener Tageblatt erhält aus Rom einen Brief, worin es heißt: „Seitens Russlands werden hier heftige Anstrengungen gemacht behufs Abschluß einer russisch-italienisch-französischen Allianz. Der italienische Votschafter Nigra in Petersburg habe seinen Aufenthalt in Italien dazu benutzt, um König Humbert dafür einzunehmen. Nigra arbeite im Einvernehmen mit der russischen Kaiserin, welche jetzt ein lebhaftes politisches Interesse manifestire. Einflußreiche pariser Persönlichkeiten seien dem Geheimniß dieser Verhandlungen nicht fremd. Gewisse bevorstehende diplomatische Veränderungen hingen damit zusammen, indem nämlich die französische Votschafter Roailles nach Wien oder Konstantinopel und Fournier nach Rom versetzt würden.“

Der „Presse“ meldet man aus Rom: „Staatssekretär Maffei ist in besonderer Mission nach Oberitalien abgereist, angeblich zum Kronprinzen des Deutschen Reiches nach Peggli, um mit demselben bezüglich des Anschlusses Italiens an die österreichisch-deutschen Abmachungen zu conferiren.“

General Cialdini hat neuerdings an Cairoli geschrieben, er bitte den Ministerpräsidenten, sein Dimissionsgesuch für ein unwiderrufliches anzusehen. Es müsse ihm darum zu thun sein, die italienische Regierung aus der schiefen Stellung zu befreien, in welche sie der bekannte Zwischenfall mit der im Grünbuch veröffentlichten Depesche versetzt habe, und einer zwecklosen Zeitungsgeschichte ein Ziel zu setzen.“

Spanien.

Aus Paris vom 24. Oct. wird der Königlich Zeitungsbericht: „Laut einem Privattelegramm aus Wien ersuchte die Erzherzogin Christine den König Alfonso durch ein Telegramm, daß angesichts der Unfälle in Murcia die Unkosten für die Vermählungsfeier auf das Nöthigste beschränkt und alle erzielten Ersparnisse zur Unterstützung der Opfer dieser Katastrophe zugewandt werden möchten.“

Frankreich.

* Paris, 28. Oct. Der Temps hebt hervor, daß die Amnestiefrage jetzt ihren Charakter vollständig verändert habe. Die Wahl von Javel, der Brief von Rochefort, die Apotheose „der Helden und Märtyrer der Commune verlangend“, die Triumphzüge von Frn. Blanqui, die Rede von Frn. de Peredia im Gemeinderathe, die Candidatur von Frn. Garel in Lyon stellten andere Betrachtungen an Stelle solcher der Menschlichkeit. Man sprach von Rehabilitirung und Revanche. Infolge der so gestellten Frage ist es nicht erstaunlich, daß alle Männer, die dem Fortschritt und der Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen aufrichtig anhängen, es für nothwendig halten, gegen diese Ideen der Rechtfertigung der Commune zu protestiren. Der Temps glaubt, man werde mit Recht darauf rechnen können, daß im Lande eine Bewegung des Widerstandes gegen die turbulente Politik besteht,

deren Vordrang die Amnestie ist, deren Vertreter die Herren Humbert und Blanqui sind, und die in der Marschallaise ihr hauptsächlichstes Organ besitzt. „Wir haben uns folglich“, schließt der Temps, „in keiner Art über diese Agitationen noch über die tausend Gerüchte zu entsagen, durch welche man täglich eine eingebildete Gefahr heraufbeschwört und in den öffentlichen Geist Verwirrung einzuführen sucht.“

Louis Blanc soll morgen eine große Rede bei einem Banquet halten, das von den Organisatoren der Arbeiterausstellung der republikanischen Presse beim See Saint-Fargeau (bei Paris) gegeben werden soll. Wie die radicalen Blätter meldeten, wäre Don Carlos vom Director der Militärschule von Saumur mit beinahe königlichen Ehren empfangen worden. Der Rappel will jetzt wissen, der Ministerrath werde sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen, und der Kriegsminister habe übrigens schon eine Untersuchung eingeleitet.

Wie das der französischen Regierung nahe stehende Volksblatt La Paix erfährt, wird der Marineminister den Schilderungen des Frn. Alfons Humbert von der unmenschlichen Behandlung, welche die Deportirten in Neucaledonien erführen, mit einer officiellen Zeitungsnote entgegenreten.

Der „Post“ berichtet man aus Paris vom 24. Oct.: „Die Nachricht deutscher Blätter von dem Abschluß eines wirklichen Allianzvertrags zwischen Deutschland und Oesterreich erregt hier lebhaftes Aufsehen, wiewohl sich dasselbe noch nicht in der Presse kundgibt. Man begegnet in politischen Kreisen vielfach Beurtheilungen der allgemeinen Lage, die nicht frei sind von Besorgnissen für eine nahe Zukunft, selbst bezüglich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung citirt einen Artikel der petersburger Neuen Zeit aus Paris, worin es heißt:

Die Nothwendigkeit eines russisch-französischen Bündnisses wird hier von allen einstimmig in Abrede gestellt; wozu brauche man ein Papier, wenn die Beschleunigung Russlands und Frankreichs sich aus den Thatsachen selbst logisch folgern lasse? Somit ist man der allgemeinen Ansicht, daß eine Annäherung an Russland jetzt absolut unnütz sei. Und dies geschieht aus vielen Gründen, von denen ich zu sprechen noch öfters Gelegenheit haben werde.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung setzt hinzu: Die Ozeanisten sind mit einem andern Spiele beschäftigt. Herzog Decazes, der einzige von den Factoren der Republik, welcher mit dem Fürsten Gortschakow bekannt ist, aber auch nicht sehr nahe, spielt auf Grund dieser Bekanntschaft auf Agiotage. (V.)

Großbritannien.

London, 25. Oct. Zu der Nachricht, daß Befehle erlassen worden seien, zwei russische Expeditions-corps für nächstes Frühjahr auszurufen, welche beide die Bestimmung haben, von Norden und Westen concentrisch gegen Afghanistan vorzurücken, bemerkt Daily News, käme die Nachricht nicht aus so guter Quelle, so wäre man versucht, ihr keinen Glauben beizumessen, da Russland, durch seine innern Wirren und seine finanziellen Verlegenheiten gehindert, ohne einen Allirten, sich kaum auf einen solchen Kampf auf Leben und Tod einlassen könne.

Neue Gerüchte von dem Vordringen eines russischen Detachements nach Merw, zufolge einer andern Version nach Herat, laufen in Petersburg um. Es scheint, daß dieselben nicht ein bloßes Echo der kürzlich von einem londoner Blatte verbreiteten Nachrichten sind, sondern ihren Weg nach Petersburg von den Ufern des Kaspiischen Meeres gefunden haben. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Aus der Rede Sir Drummond Wolff's im Landwirtschaftlichen Vereine von Christchurch sind einige interessante Bemerkungen des eingeweihten Diplomaten herausgehoben. Nach Sir Drummond Wolff's Ansicht ist das österreichisch-deutsche Bündniß abgeschlossen worden, um der aggressiven Bewegung Russlands einen Damm zu bauen. Den Kaiser von Russland hält der Redner in hohem Ansehen; allein der Kaiser sei in Russland nicht allein Herr. Neben ihm führten die panslawistischen Comités ein unverantwortliches Regiment. Die Untergebenen des Zaren wüßten daher nicht immer, wem sie gehorchen sollen und ob sie die Befehle ihres Herrn ausführen dürfen. Häufig setzten sie dieselben beiseite, um statt ihrer die Anweisungen der Panslawistenführer zu befolgen. Sir Drummond Wolff gibt an, solche Fälle „in jeder möglichen Gestalt“ in Ostrumelien selbst mit angesehen zu haben.

Aus der Capstadt wird gemeldet, daß Sir Garnet Wolseley eine Proclamation erlassen habe, worin er, um alle Zweifel über die Absichten der britischen Regierung zu benehmen, erklärt, die Annexion sei unwiderruflich. Die Boers, welche mit so großer Spannung der Antwort der Königin auf ihre Vorstellungen bezüglich der Annexion entgegenzusehen, fühlen sich durch den schroffen und hochmüthigen Ton der Proclamation verletzt, während sie Beweisgründen für die absolute Nothwendigkeit der Annexion zugänglich gewesen wären. Die allgemeine Ansicht ist, daß dieselbe Unkenntniß der

in Transvaal bestehenden Verhältnisse verrathet und die Gefühle der Bevölkerung misachte. Eine große Anzahl Boers ist in Prätoria gelegentlich einer kirchlichen Feier versammelt. Sie verhinderten das Spielen einer englischen Musikkapelle an einem der öffentlichen Vergnügungspätze der Stadt und insultirten Sir Garnet Wolseley, der mit seinem Stabe dort zu Pferde erschienen war.

Rußland.

Das französische Journal de Saint-Petersbourg schreibt:

Nach Lord Salisbury soll England darauf bestehen, daß Rußland nicht nach Konstantinopel geht, welche Sorge der Redner allerdings dem wiener Hofe überträgt. Die Geschichte lehrt uns jedoch, daß Rußland nur deshalb weder 1829 noch 1877 nach Konstantinopel gegangen ist, weil es nicht wollte, und nicht etwa, weil es durch den Hof von Wien oder Saint-James daran „verhindert“ worden ist. Das slavische Reich betreffend, welches Se. Verlichkeit nicht von einem Meere bis zum andern ausgebehnt haben will, und welchem sie so energisch die Macht Oesterreichs entgegenstellt, sei es uns gestattet, zu erinnern, daß, wenn die Ereignisse von 1877 beinahe zu einem solchen Schlusse geführt hätten, solches nur infolge dessen geschehen konnte, daß Rußland 20 Jahre lang sich vergeblich bemüht hat, die Mächte für die unerträgliche Lage im Orient zu interessieren. Seit dem Krimkriege hat Rußland nicht aufgehört, die Aufmerksamkeit Europas auf diesen Umstand zu richten und seine Cooperation anzurufen, um dieser Lage der Dinge ein Ende zu machen. Es gab einen Moment, wo es schien, als sollte dieser Ruf gehört werden, als nämlich sämtliche Mächte sich bereit erklärten, das Memorandum Andrassy's zu unterzeichnen. Diese gemeinschaftliche Action war von kurzer Dauer, denn einige Monate später wurde das berliner Memorandum von dem britischen Cabinet zurückgewiesen. Verfolgte Rußland wol noch den Zweck, ein slavisches Reich von einem Meere bis zum andern zu gründen, als es sich an den Conferenzen in Konstantinopel und London beteiligte, und als es 1876 eine Flottendemonstration proponirte, an welcher es wol kaum den Löwenanteil gehabt hätte? Hatte wol ein Staatsmann in der Stellung des Lords Salisbury Grund, angesichts solcher historischer Thatsachen in Betreff Russlands Worte zu sprechen wie die vernommenen?

Die Rede des Lords Salisbury hat natürlich die russische Presse sehr erbittert. Die Wolwa äußert darüber:

In der politischen Welt vollzieht sich gegenwärtig etwas, wozu man in der Geschichte der internationalen Beziehungen schwerlich einen Präcedenzfall wird auffinden können. Ungeachtet des Friedens, der zwischen England und Rußland besteht, ungeachtet des Ausstehens des englischen Votschafters in Petersburg und des russischen in London halten die Minister Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien, indem sie einer nach dem andern vor ihren Wählern auftreten, Reden, die am wenigsten als Pfand der friedlichen Stimmung Englands gegen Rußland dienen können. Rußland kann glücklicherweise angesichts dieses ministeriellen Chauvinismus seine vollständige Ruhe wahren. Seine politischen Allianzen mit andern Mächten haben bisher nur zu seiner Schwächung, nicht zu seiner Erhebung gedient. Es kann in sich selbst seine Thätigkeit beschließen und den Wohlstand für die in ihm wohnenden Völker aus sich selbst erzeugen. Rußland bedarf des innern Lebens, der innern Entwicklung, der innern Befriedigung. Es braucht sich bei keinem andern einzuschmeicheln, wer es auch sei, und ebenso auch keinen andern einzuschüchtern, und kann auf das ganze Raufgold des englischen Jingoismus auf die passendste Weise durch den Bau einer Eisenbahn in die Tiefe seiner eigenen centralasiatischen Besitzungen hinein antworten.

China.

In Simla eingetroffene Nachrichten aus Yarkand melden, daß der Angriff der 12000 Andjanis und Kirghis Kipschaken auf die bei Kaschgar stehenden chinesischen Truppen mit russischer Hilfe ausgeführt worden sei. Die Gesandte blieben resultatlos. Chinesische Truppen in Dangi-Hissar und Yar sind gegen die Turcomanen ausgesandt worden.

Königreich Sachsen.

Der „Deutsche Reformverein“, dessen Begründung in Dresden unlängst von dort her berichtet ward, findet seine Illustration in einem Flugblatt, welches mit großem Eifer vorbereitet wird und dessen Tendenz die folgenden Sätze daraus klar stellen. Es ist betitelt: „Ein Appell an die Deutsche Nation“, und beginnt gleich so:

So ist es denn wahrlich schon dahin gekommen, daß Christen offen den Sieg des Judenthums über das Deuththum zu verkünden, nein, zu constatiren Ursache haben? Ist das Deutsche Reich wirklich nur noch dem Namen nach ein christliches und nicht vielmehr ein jüdisches Reich deutscher Nation? Haben wir nicht feige und erbärmlich die Hände in den Schoß gelegt, uns gegenständig über die „schlechten Zeiten“ ein Langes und Breites vorgejammert, geklagt und rasonnirt, geschwagt und geschimpft, während wir die Juden thatkräftig handeln, die Fundamente des Christenthums und des christlichen Staates systematisch untergraben und uns eine Position nach der andern entreißen ließen? Hat man uns nicht mit den Phrasen Liberalität, Humanität, Toleranz und Gleichberechtigung aller Confessionen in nichtswürdiger Weise so lange an der Nase herumgeführt, bis wir endlich auf dem besten Wege sind, die schmachvollste Leibeigenschaft, diejenige des mosaischen Geldprophetenthums, antreten zu müssen? Eine Uebergangsperiode nennt ihr die heutigigen, unsäglich traurigen Zustände? Ja wohl, ein Uebergang von der Wohlhabenheit zur Verarmung, vom freien Menschen zum Sklaven, vom Manne zur Memme, vom Charakter zur Charakterlosigkeit! Ihr Denksäulen und Politisch-Ilkureisen, die ihr euere Weisheit aus der „unabhängigen“ Tagespresse schöpft, die ihr

Leipziger Börse. 27. Oct.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsch-Anl. 1877 v. 5000-3000', 'Preuss. Anl.', and 'Bayer. Anl.'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of gold and silver coins, including 'Vollw. Preuss. Friedrichsdor' and 'K. Preuss. Reichsgeld'.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Ansb.-Bayr.'.

Main table of railway stocks and bonds, including 'Berlin-Görlitzer', 'Berlin-Friedrichshagen', and 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien'.

Table of foreign railway stocks and bonds, including 'Leipziger Stadt-Anleihe', 'Ansb.-Bayr.', and 'Köln-Mind.'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 28. Oct. Das Rheingold. Borabend zu der Trilogie: „Der Ring des Nibelungen“ in 2 Abtheilungen von Richard Wagner. (290. Abonnements-Vorstellung.) — Mittwoch, 29. Oct. Die Walküre. Altes Theater. Dienstag, 28. Oct. Das Versprechen hinter'm Herd. Eine Scene aus den österreichischen Alpen mit Nationalgesängen von Alexander Baumann. — Hermann und Dorothea. Liederstück in 1 Act von D. Kalisch und Weirauch. Musik von Lang. — Die schöne Galathea. Romisch-mythologische Oper in 1 Act von Poly Denon. Musik von Franz von Supplé. Randl und Galathea — Frau Marie Geisinger.

